

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

zum/zur

F0182/15 Fraktion CDU/FDP/BfM Stadträtin Schumann

Bezeichnung

Informationsverbesserungen

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister

26.01.2016

1. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, die Bürger besser über geplante, auch kurzfristige, Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchende im Wohngebiet zu informieren?

Die Verwaltung hat in der Vergangenheit nach ihren Möglichkeiten und Ressourcen die Bürger so zeitnah wie geboten und realisierbar über die Situation bei der Aufnahme von Flüchtlingen in den Wohngebieten im Rahmen von Bürgerinformationsveranstaltungen informiert und sich den Fragen und Sorgen der Bürger gestellt. Die Arbeitsgruppe unter Leitung des Oberbürgermeisters hat sich auch mit den Fragen zur sinnvollen Öffentlichkeitsarbeit befasst. Im Ergebnis sind über die Bürgerveranstaltungen hinaus eine Reihe von Maßnahmen vorgenommen worden, die der Aufklärung und Information der Bevölkerung dienlich sind.

Zu den Hinweisen und Fragen im Einzelnen:

2. Hat die Verwaltung schon einmal geprüft, ob:
 - a) Die GWA eines Stadtteils auch kurzfristig einberufen werden kann, um Informationen zu geben, Fragen zu sammeln und diese vor Ort oder schriftlich von der Verwaltung zu klären? (Informationsveranstaltung)

Die Verwaltung hat bereits frühzeitig alle Sprecher der GWA zu einer Informationsrunde eingeladen. Die GWA haben jederzeit die Möglichkeit, die Verwaltung zu ihren Sitzungen einzuladen, wovon auch in der Vergangenheit rege Gebrauch gemacht wurde und dies in 2016 fortgesetzt wird. Fragen können jederzeit an die Verwaltung gerichtet werden. Ein Teil der üblich auftretenden Fragen wird im Rahmen des Internetauftrittes beantwortet. Beabsichtigt ist ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch mit den bisher fünf, in Kürze sechs Willkommensbündnissen und den GWA. Die perspektivisch eher steigende Wohnungsinanspruchnahme der bleibeberechtigten Flüchtlinge erfordert eine verstärkte stadtteilbezogene Arbeit, bei der die GWA und Willkommensbündnisse eine herausgehobene Rolle spielen.

- b) Briefe in unmittelbarer Nachbarschaft verteilt werden können, in denen auf die wichtigsten Anliegen eingegangen werden kann?

Das Verteilen von Briefen bezieht sich vermutlich auf die unmittelbare Nachbarschaft von Gemeinschaftsunterkünften. Diesen Aufwand hat die Verwaltung in der Vergangenheit nicht in Betracht gezogen, da zum einen die Frage steht, wie weit der Kreis der unmittelbaren Nachbarschaft zu ziehen wäre und zum anderen in der Regel die Möglichkeit eingeräumt wurde, die Objekte als unmittelbarer Nachbar vor Bezug zu besichtigen.

- c) Eine Hotline zu dem Thema eingerichtet werden kann?

Für die Belange der Landeshauptstadt besteht die Behördennummer 115, wo entsprechende Fragen eingehen können. Darüber hinaus hat das Sozial- und Wohnungsamt eine Hotline für Fragen zu sozialen Belangen. Der Integrationsbeirat ist seit dem Herbst letzten Jahres arbeitsfähig. Die Stadt hat einen Integrationskoordinator, der ebenso Fragen beantworten kann. Aus Sicht der Verwaltung ist eine zusätzliche Hotline nicht erforderlich. Eine Rückfrage beim FB32 zur Inanspruchnahme der 115 hat ergeben, dass kein erhöhtes Nachfrageverhalten zu dem Thema festzustellen ist. Anfragen zu Spendenabgaben wurden an das Fachamt oder die zuständigen Stellen vermittelt. Die Verwaltung prüft derzeit mögliche Formen von Bürgerbeteiligung und Information im Zusammenhang mit dem Projekt Zukunftsstadt.

- d) Regelmäßig in 4-6 wöchentlichem Abstand eine Informationsveranstaltung in einem größeren Saal (z.B. einem Hörsaal der Uni) durchgeführt werden kann, um möglichst viele Bürger zu erreichen und informieren zu können?

Diese Art der Information übersteigt die personellen und finanziellen Ressourcen. Zudem haben interessierte Bürger über die beschriebenen Informationswege hinaus die Möglichkeit, an dem öffentlichen Teil der Stadtratssitzungen teilzunehmen. Dort berichtet der Oberbürgermeister über die aktuelle Situation.

- e) In Kooperation mit lokalen Medien eine Frage-Antwort-Serie zur Aufklärung in Fragen Asyl, Flüchtlinge u.a. erscheinen kann?

Es wäre zu klären, ob ein Interesse der lokalen Medien an einer solchen Serie besteht und welche konkreten Inhalte abzudecken wären. Ein Verweis auf bereits vorhandenes Informationsmaterial erscheint zielführender.

- f) Eine Informationsbroschüre zu den Zielen, Aufgaben, Herausforderungen der Stadt (der Kommune) erstellt und an die Haushalte verteilt werden kann?

Derzeit wird die Fortschreibung des Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Magdeburg vorbereitet. Diese wird die Ziele, Aufgaben und Maßnahmen bei der Integration von Migranten beinhalten. Vorstellbar wäre nach Fertigstellung durchaus, das Konzept als Broschüre/im Internet zur Weitergabe an die Bürger der Stadt im entsprechenden Rahmen zur Verfügung zu stellen.

Die grundsätzlichen Zielstellungen, Aufgaben und Herausforderungen für die Stadt Magdeburg sind bereits vielfach in den unterschiedlichen Medien, in den verschiedenen Gremien, also auch in der Öffentlichkeit bekannt gegeben worden.

Die Rahmenbedingungen für den weiteren Umgang mit Flüchtlingen sind derzeit nicht eindeutig durch den Gesetzgeber definiert. Diese Entwicklung und Umsetzung der teils bestehenden bzw. zu erwartenden Regelungen erfordert eine Anpassung der Zielstellungen und Aufgaben. Insoweit ist dies ein laufender Prozess.

Ziel der Verwaltung ist im Hinblick auf die Öffentlichkeitsarbeit, die vorhandenen Strukturen und Angebote zur Information der Bürger auszubauen und zu qualifizieren und insbesondere diejenigen Personen dabei zu nutzen, die dicht an den Bürgern der Stadt dran sind.

Notwendig ist zum Abbau von Vorurteilen die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten. Dies wird in den Stadtteilen mit Unterstützung der GWA und Willkommensbündnisse bereits gut praktiziert. Diese wichtigen Strukturen sollen gestärkt und besser unterstützt werden.